

## **Haushaltsrede der AfD Fraktion im Kreistag FDS betreffend den Haushalt 2021**

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, sehr geehrter Herr Landrat, wir treffen uns heute um einen Haushalt zu beschließen, dessen Rahmenbedingungen vor einem Jahr so niemand erwartet hatte.

Ein tückischer Virus, dessen genaue Herkunft trotz seiner enormen Auswirkungen seltsamerweise immer noch unbekannt ist, hat sich rund um den Globus verbreitet. Er hat das erste Mal seit der Weltwirtschaftskrise eine globale Krise ausgelöst.

Waren wir zuerst unvorbereitet getroffen worden, so ist dies nach mehr als einem halben Jahr nicht mehr der Fall.

Den Sommer mit einer entspannteren Lage, ließen die Verantwortlichen ungenutzt verstreichen. Jetzt bei wieder verschärfter Lage, verhängt man panisch erneut zielungenaue Einschränkungen über die Bevölkerung. Dies wird erneut enorme Schäden für die Wirtschaft und Existenzen nach sich ziehen. Das bisherige Krisenmanagement hat nur bescheidene Erfolge gezeigt. Die beste Maßnahme im Frühjahr war das wärmere Wetter. Der neue Lock-Down wird als unvermeidbar bezeichnet (alternativlos ist aus der Mode), was einmal mehr die Unwahrheit ist. Risikogruppen kann man genauso schützen wie Grenzen. Länder in Asien und Städte wie Tübingen, machten es vor!

Nehmen wir zum Beispiel den Schulunterricht. Hier wird nach viel zu langer Vorlaufzeit, eine Teilung von Klassen und Schichtunterricht gefordert. Keine schlechte Idee, hätten die Verantwortlichen nicht wieder den üblichen Tunnelblick. Dieser ist, vom Kanzleramt angefangen bis in untere Ebenen, das Markenzeichen der Regierenden im Land.

Würde man diese Maßnahme im Kreis durchführen wollen, so müsste eine flankierende Ausweitung des Schulbusverkehrs erfolgen. Bei halbtags berufstätigen Eltern, müssten die Arbeitgeber bereit sein, die Arbeitszeiten an die neuen Schulzeiten anzupassen, usw.. Es ist eben so, dass ein Eingriff an einer Stelle, viele flankierende Maßnahmen in anderen Bereichen braucht. Dies zu überblicken ist für Einzelne oder kleine Zirkel unmöglich.

Hier nun könnte die Sternstunde der Demokratie schlagen. Maßnahmen und Wirkungen müssten in den Parlamenten diskutiert und mit Öffentlichkeit entschieden werden. Was erleben wir stattdessen? Wichtige Entscheidungen fallen in Küchenkabinetten und Gremien, die von der Verfassung gar nicht dafür vorgesehen sind. Dies ist nun zur Krise neben der Krise geworden, weil es die Gesellschaft spaltet und es unmöglich macht das Wir es schaffen, weil wieder zuallererst das Wir zerschlagen wird!

Ähnliches erlebt man bei den wirtschaftlichen und ökologischen Weichenstellungen für die Zukunft. Entscheidungen, die enorme Auswirkungen haben, werden ohne öffentliche Debatte und Beteiligung, in nach Gusto zusammengesetzten Beratergremien (so genannte Think-Tanks, Kommissionen oder Beiräte) entschieden. Danach soll auch der Landkreis vermehrt Geld in die Elektromobilität und Ladeinfrastruktur stecken.

Bis jetzt ist gar nicht geklärt, ob sparsame Dieselfahrzeuge in der Gesamtbilanz nicht genauso ökologisch, wie Elektroautos sind. Aber als Tunnelblicker kann man die ökologischen Schäden bei der Rohstoffgewinnung und Entsorgung ja vorerst ausblenden. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann sind sie halt mal da die Schäden und Folgen! Wir lehnen solche rein ideologischen Investitionen aus Mitteln des Kreishaushalts ab, besonders jetzt bei immer knapper werdenden Finanzen.

Weil eine Minderheit von Freitags protestierender Jugendlicher, deren Sorgen wir gut verstehen, es lautstark vertreten hat, wird eine zuverlässige Energieinfrastruktur aufs Spiel gesetzt. Es werden für den Artenschutz und Landschaftsschutz enorm negative Alternativen erwogen. Die Verschandelung des Schwarzwalds mit Sondermüll produzierenden brandgefährlichen Vögel und Insekten schreddernden Windanlagen darf niemals kommen! Fremdenverkehr und Natur haben schon genug gelitten!

Bei der Klimapolitik, so wie sie jetzt beschlossen ist, gibt es 2 mögliche Katastrophenszenarien. Entweder sie funktioniert nicht oder sie funktioniert!

Momentan gibt es 30-40 Staaten auf der Welt, deren Haupteinnahmequelle der Export von Energierohstoffen ist. In diesen Ländern leben mehr als 500 Millionen Menschen. Sollten wir erfolgreich sein mit der Entkarbonisierung, dann bedeutet das den wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Länder. In der letzten Sitzung wurde berichtet, dass die größte derzeit vom Kreis untergebrachte Asylbewerbernationalität aus Nigeria kommt. Deren Anerkennungsquote läge bei unter 8%, weil die meisten Bewerber von dort aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Es gibt dort tatsächlich sehr viele junge Menschen ohne Perspektive bei knapp 40 % Jugendarbeitslosigkeit.

Nigeria mit ca. 210 Millionen Einwohnern, hat dieses Jahr, wegen durch die Corona-Krise gesunkener Ölexporte, die zweite Rezession seiner Geschichte. Sind wir mit der Energiewende erfolgreich, ohne gleichzeitig eine andere Weltwirtschaftsstruktur aufzubauen, dann werden wir eine Fluchtbewegung bekommen, die alles Gekannte in den Schatten stellt.

Sieht so die angekündigte Bekämpfung von Fluchtursachen aus?

Wir treiben die ganze Welt in einen Strukturwandel mit nicht absehbaren Folgen und legen die Wirtschaftsmodelle der Hälfte der ärmeren Staaten in Schutt und Asche. Dennoch gibt

es keine Debatte über den notwendigen flankierenden Umbau der Weltwirtschaft! Auch hier der übliche Tunnelblick, gepaart mit Inkompetenz und Arroganz. Auch der Flugtourismus soll abgeschafft werden, was Emissionen einspart, aber weitere Millionen von Existenzen im Tourismus vernichtet. Heißt das, wir schaffen das?

So schaffen wir weiteres Elend, unser Land, unsere Heimat und unseren Kreis, der für die Folgen mit aufkommen muss. So schaffen wir keinen Klimaschutz!

Dafür sollen die Bürger bluten, vielleicht sogar ihr Wohneigentum aufgeben? Dabei wird die AfD nicht mitmachen! Wir werden wir auch im Jahr 2021 mit Vernunft gegenhalten! Auch wenn man kein Verschwörungstheoretiker ist, muss man bei solcher Politik von geplanter Krise sprechen.

Es bleibt nur die Frage: How dare you – Wie können Sie es wagen mit so wenig Wissen und so wenig Kompetenz so weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Die Kette weiterer Beispiele für fatale inkompetente Entscheidungen dieser Art reicht von wegen Tsunamigefahr abgeschalteter Atomkraftwerke in Süddeutschland, über zeitweilig unschützbares Grenzen, bis zu unschützbar Risikogruppen in der Pandemie!

Das auf vielen Feldern gehandelt werden muss ist unbestreitbar, aber nicht durch mit übermäßigem Ego ausgestattete horizontbegrenzte Tunnelblicker und Tunnelblickerinnen. Das Selbstwertgefühl dieser Entscheider, steht im scharfen Kontrast zu ihren sehr beschränkten analytischen Fähigkeiten. Für erfolgreiches Handeln brauchen wir wieder Weitblicker und Teamplayer, wie wir sie in unseren Erfolgszeiten hatten.

Politiker, die sich breit und unabhängig informieren, bevor sie eine Mobilitätswende mit weitreichenden Folgen beschließen. Diese könnte am Ende bis zu 70% der Arbeitsplätze in der Autoindustrie und bei Zulieferern kosten. Viele davon auch im Landkreis.

Tragisch, dass die geopfert Existenzen am Ende nur Kollateralschäden des gigantischen Scheiterns sein werden.

Politiker mit Bodenhaftung würden nie behaupten, Atomausstieg und Kohleausstieg gehe gleichzeitig. Sie wüssten, dass Umweltpolitik nur unter Beachtung der Realität betrieben werden kann und Kompromisse erfordert.

Wer unbegrenzte Einwanderung, den Stopp der Bodenversiegelung und die Senkung des nationalen Energieverbrauchs gleichzeitig propagiert, ist kein Umweltschützer sondern ein notorischer Lügner! Grüne Wachstumsfanatiker und Phantasten, die Strom im Netz speichern, machen uns in Europa jede sinnvolle Nachhaltigkeit unmöglich! Sie reden von Dingen von denen sie ganz offensichtlich nichts verstehen. Bei Technikverständnis helfen absolvierte Rhetorikkurse nicht, leider aber bei manchem Wähler.

Wir haben im Kreistag eine große Mehrheit von gestandenen Bürgern und Bürgermeistern. Liebe Kollegen koppeln wir uns von den Hirngespinnsten in Stuttgart und Berlin so gut es eben geht ab. Machen wir gute Sach- und Strukturpolitik für unsere Bürger.

Heute mehr denn je, ist die Gemeinnsinn gefordert. Es kann nicht einer versuchen die Krise auf Kosten des anderen zu überwinden, wie es mit der zuerst vorgeschlagenen Anhebung der Kreisumlage um 3,6% der Fall gewesen wäre. Gut, dass dies durch einen realistischen Kompromiss ersetzt wurde. Wir von der AfD hätten uns noch etwas mehr Sparsamkeit vorstellen können. Letztlich müssen aber die aushandelnden Bürgermeister den Kompromiss vor ihren Stadt- und Gemeinderäten vertreten.

Die Kommunen dürfen sich aber im Nachgang nicht beim Bürger, zum Beispiel durch eine neue höhere Grundsteuer nach der Landtagswahl, schadlos halten.

Von den Bürgern, die großteils auch von der Krise betroffen sind, wird verlangt, dass sie beim verordneten radikalen Strukturwandel (Green-Deal) mitziehen.

Es wäre unanständig dies zu fordern und sie gleichzeitig immer mehr zu belasten.

Mehr Investitionen in Nachhaltigkeit und echten Umweltschutz wären gut und werden von uns befürwortet. Wir haben aber hier im Kreis noch nicht sehr viel davon gesehen.

Man sieht vermehrt Müll an Straßenrändern und in den Wäldern. Man sieht jährlich auf den Stock gesetzte Hecken, wodurch kaum mehr ein Vogel ein Nistplatz findet.

Man will Biomasse ernten, Artenschutz ist da egal.

Beim hochfrequenten mähen des wenigen nicht bewirtschafteten Grünlandes bleibt an den Böschungen kaum eine Eidechse oder Grille unzerstückelt. Zeit dass wir noch einen Vogel- und Eidechsenmanager einstellen. Selbstverständlich mit schnellem Internet und Großbildschirm, damit er sich von Zeit zu Zeit hoch aufgelöste Bilder von den in der Natur gerade aussterbenden Tieren angucken kann! Eben die Art von Umweltschutz, wie wir ihn in den Jahren grüner Landesregierung kennengelernt haben.

Krötentunnel, Wildtierbrücken – Fehlanzeige, da kriegt man kein Parteimitglied unter! Bürger und Betriebe werden durch Verordnungen und Vorschriften belastet, die nichts bewirken und kaum kontrolliert werden. Was bleibt ist die Bürokratie, die Bürger belastet und die Wirtschaft zunehmend handlungs- und wettbewerbsunfähig macht!

Die Krönung des aufgeführten Theaters ist, die neue Planwirtschaft für die junge Generation, die am 17 Punkte Plan der Vereinten Nationen ausgerichtet wird.

Wer sich diesen 17-Punkteplan nur einmal durchliest stößt sofort auf die zahlreichen Zielkonflikte, welche hier in kindlicher Naivität zusammengeschustert wurden.

Das Papier ist so tauglich für die Lösung der Zukunftsprobleme der Menschheit, wie das Kapital von Marx für eine blühende Volkswirtschaft. Trotzdem verweist der Landrat auf dieses Sammelsurium von unvereinbaren, unabgestimmten Einzelzielen als Leitlinie. Ähnlich unzureichend ist nur noch das sogenannte Pariser Klimaschutzabkommen, das ebenfalls nur scheitern kann! Dort wurden die entscheidenden Fragen auf Wunsch großer Schwellenländer, vor allem Chinas, ausgeklammert.

Wir müssen uns im Landkreis von diesem Wahnsinn soweit wie möglich absetzen.

Unsere Bürger haben es verdient, dass mit ihrem hart erarbeiteten Geld wirklich etwas gemacht und nicht die Phantasie von Tagträumern befriedigt wird.

Im Kreis ausgegebenes Geld muss mehr bewirken als Vollzugsmeldungen an übergeordnete Parteihierarchien. Wir müssen die Mittel verwenden um Probleme zu lösen und nicht um sie zu begleiten.

Auch wenn Problemkultivierung bei gleichzeitiger Blockade der Lösungen sehr lukrativ sein kann, wie die NGO-Industrie zeigt!

Es ist den Steuerzahlern und Leistungsträgern in unserer Gesellschaft nicht zuzumuten bezahlte Problemverwalter zu alimentieren. Sie haben ein Recht auf Lösungen!

Eine Staatsquote, die der Einführung des Sozialismus durch die Hintertür gleichkommt, darf es nicht geben. Sie muss wieder sinken. Daher heißt es für Verwaltungen, sparsam mit jedem Euro umgehen. Die Kreisumlage muss wieder auf den Landesdurchschnitt abgesenkt werden, wie von der FDP vorgeschlagen.

Mit den dann verfügbaren Mitteln gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Investitionen machen, die allen nutzen, das ist unsere Aufgabe.

Die hohen ständig steigenden Sozialausgaben im Haushalt sind ein Alarmzeichen und machen uns betroffen. Es gilt dies nicht klaglos hinzunehmen und ein Geschäft daraus zu machen, sondern für eine Trendwende zu sorgen! Hierbei müssen die Ursachen beseitigt und nicht die Not verwaltet werden. Das nutzt am Ende allen mehr.

Der Bürger muss wieder die Zuversicht gewinnen, dass er die zweifellos bevorstehenden großen Veränderungen bewältigen kann. Dabei muss ihm noch Freiraum für individuelle Ziele bleiben, wie es sich in einer freien Gesellschaft gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Landrat lassen Sie uns in diesem Geist im kommenden Krisenjahr zusammenarbeiten. Wir stimmen dem Haushalt zu, wissend, dass im Sommer wohl ein Nachtragshaushalt nötig ist. Verzichten Sie dann auf zusätzliche Belastungen in der Krise. Wir brauchen eine Wende und wir brauchen sie jetzt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Dr. Uwe Hellstern für die AfD-Fraktion)